



Wahl des neuen Kreisvorstandes

Am 23. Januar trafen sich die Mitglieder des Kreisverbandes Uckermark in Prenzlau um ihren neuen Kreisvorstand zu wählen. Der plötzliche Schneefall hat sicher den einen oder anderen Genossen von einer Teilnahme abgehalten. Auch Andrea Johlige, Flüchtlingspolitische Sprecherin und Geschäftsführerin unserer Landtagsfraktion hatte mit dem Schnee zu kämpfen und konnte erst verspätet erscheinen. Laut Mandatsprü-

funkskommission hatten sich dann doch noch 54 Genossen und 7 Gäste in die Teilnehmerlisten eingetragen. Heidi Hartig führte durch die Versammlung. Zu Beginn ein freudiges Ereignis; 2 neuen Mitgliedern darunter Andreas Büttner (ehemals FDP Vorsitzender) konnten ihre Dokumente überreicht werden. Es folgte der Rechenschaftsbericht des Kreisvorstandes, gehalten vom Kreisvorsitzenden Gerhard Rohne.



Aus dem Inhalt:

neuer Kreisvorstand	S.1
Stolpersteine in Schwedt	S.2
Bürgerhaushalt	S.3
Kreisreform	S.3
Tierhaltung in BB	S.4
Krieg gegen den Terror	S.4
Militarisierung	S.5
AfD	S.5
Termine	S.6

Gerhard Rohne führte die inhaltlichen Schwerpunkte der zurückliegenden 2 Jahre auf, die durch Wahlkämpfe geprägt waren. Neben der insgesamt eher negativen Bilanz aus Landtags- und Kommunalwahlen, war der Einzug von Isabelle Vandre über die Liste in den Landtag, ein Gewinn für unseren Kreisverband. Der Kreisvorstand beschäftig-

Fortsetzung Seite 2

Unwort des Jahres

„Gutmensch“ ist das Unwort des Jahres 2015. Gutmensch ist eine verachtende, sarkastisch gemeinte Verdrehung des eigentlichen Wortsinns eines guten Menschen. Mit Gutmensch und damit dumm und weltfremd wurden Menschen bei uns diffamiert, die sich als Helfer für Flüchtlinge engagiert haben, begründete die Jury ihre Auswahl. Sicher gibt es sie unter uns, diese „Gutmenschen“, die von ihren guten Taten mehr reden als sie sie tun und damit oft schon lächerlich wirken. Eben „Gutmenschen“, die keiner so recht mag im Unterschied zu den „guten Menschen“; von denen es nicht genug geben kann.

Das sind die Menschen, die ohne gefragt zu werden, sofort vor Ort sind, wenn es darum geht anderen zu helfen; wie eben diesen Flüchtlingen, die ohne Hab und Gut hier ankommen. Besonders auf den Bahnhöfen, in den Aufnahme-stationen leisteten und leisten die vielen Helfer oft Übermenschliches. Dies alles leisten sie in ihrer Freizeit ohne Bezahlung. Bei solchen Bildern rütteln sie, die so selbstlos helfen, am Gewissen derer, die sich gern aus allem raushalten. Na und irgendwie muss man sich ja dann rechtfertigen. Sie würden ja auch gerne, ... aber keine Zeit und überhaupt, wer weiß warum die das tun, so selbstlos können die gar nicht sein! Die sind doch nicht normal, sind eben „Gutmenschen“, beruhigen sie ihr Gewissen. Das ist eine gehässige, gemeine Unterstellung gegenüber den vielen Helfern, die sie nicht verdient haben. Doch sie sind völlig normal, die vielen Flüchtlingshelfer; sie sind auch keine „Gutmenschen“ sondern einfach nur gute Menschen.

Sylvia Anklam

te sich in der zurückliegenden Wahlperiode insbesondere mit Themen wie die Schulentwicklung, innerpolitische Bildung, Strukturen und Mitgliederentwicklung. Vertreter von Bauernverband und Handwerkskammer traten im Kreisvorstand auf. Einen Schwerpunkt bildete der Leitbildentwurf des Landes Brandenburg zur Kreisstrukturreform. Die zunehmende Entwicklung, dass immer weniger Genossen immer mehr Arbeit übernehmen müssen, machte auch vor dem Kreisvorstand nicht Halt. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Beendigung des Friedensfestes in Mescherin zum 1. Mai zu sehen. In der anschließenden Diskussion war zu spüren, dass sich ein Großteil unserer Genossen noch nicht damit abfinden kann. Gerhard ging auch auf den Linksrum, die kleine Zeitung des Kreisverbandes, ein. Es kann noch nicht gesagt werden wann und ob überhaupt diese Zeitung wieder erscheinen wird. In der Diskussion zum Rechenschaftsbericht wurde u. a. kritisiert, dass zu wenig über die Arbeit an der Basis und in den Gebieten berichtet wurde. In ihrem Schlusswort ging Heidi dann aber ausführlich auf diese Thematik ein. Emotionale Diskussionen gab es auch zu den noch immer nicht gelösten Problemen um die Kita Finanzierungen im Land. Jens Schröder, der sich bisher auch persönlich dabei engagiert, verwies auf die vielen Ungereimtheiten in dieser Thematik. Inzwischen war auch Andrea

Johlige eingetroffen und sprach zur aktuellen Flüchtlingssituation im Land. Warum fliehen so viele Menschen aus ihren Heimatländern, worin liegen die Ursachen, begann sie ihre Ausführungen. 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht und hinter jedem steht ein Schicksal. Waffenexporte verbieten, Kriege und Ausbeutung beenden, Hilfsorganisationen unterstützen, sind nur einige der Maßnahmen um Fluchtursachen zu begrenzen. Das Recht auf Asyl ist Menschenrecht. Hierbei darf es keine Abstriche geben. Zur Unterstützung der Kommunen will das Land zusätzliche 50 Stellen für die Betreuung der Flüchtlinge in den Kommunen schaffen. Vorrangig geht es um die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen. Auch wenn wir vor Ort davon noch weit entfernt sind, Flüchtlingspolitik bleibt ein gesellschaftliches Thema der Linken. Auch zu Andreas Beitrag gab es Fragen, so zur Betreuung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge oder zur Abschiebep Praxis im Land. Dabei wurde klar, dass gesetzliche Regelungen eben auch für eine Rot-Rote-Landesregierung gelten. Es war schon nach der Mittagspause als mit den Wahlen zum neuen Kreisvorstand sowie zur Finanzrevisionskommission begonnen werden konnte. Gerhard Rohne hatte bereits im Rechenschaftsbericht darauf hingewiesen, dass er nicht mehr als Vorsitzender des neuen Kreisvorstandes zur Verfügung steht. Heidi

Hartig stellte sich als neue Vorsitzende des Kreisvorstandes zur Wahl und wurde mit einem überzeugenden Ergebnis gewählt. Der neue Kreisvorstand und die Finanzrevisionskommission:

Vorsitzende Heidi Hartig
Stellvertreterin Anne Frieda Reinke
Schatzmeister Astrid Kaufmann
Geschäftsführer Heiko Poppe
Weitere Mitglieder des Kreisvorstandes
Gabrielle Brandt, Isabell Vandrey, Sylvia Anklam

Finanzrevisionskommission:
Ilona Köstner, Peter Höppner, Frank Bismar

Heidi Hartig als neue Kreisvorsitzende machte in ihrem ausführlichen Schlusswort deutlich, dass sie Unterstützung des gesamten Kreisverbandes einfordern wird. Die politische Arbeit in den Gebieten muss weitergeführt werden. Der Einstieg in den Bundestagswahlkampf steht bevor. Der neue Kreisvorstand dankte allen ehemaligen Mitgliedern, die nicht mehr zur Wahl angetreten sind, für ihre jahrelange Mitarbeit. Christa Dannehl informierte die Teilnehmer der Mitgliederversammlung darüber, dass für den Kauf eines neuen Messfahrzeuges für die Kinder von Tschernobyl noch nicht genügend Geld vorhanden ist und bat um weitere Spenden. Ihre Bitte blieb nicht ungehört. 155,20 Euro wurden während der Veranstaltung gespendet. Dafür unser Dank.

Sylvia Anklam

Stolpersteine verlegt

Am 8.2.2016 wurden in Schwedt und Vierraden an 4 Stellen 7 neue Stolpersteine verlegt. Der Künstler Gunter Demnig hat seit 1995 bereits ca. 50.000 dieser Steine in 18 Ländern verlegt. In Schwedt liegen jetzt 35 Stolpersteine. Einige Bürger nahmen an der Verlegung der Steine teil. Ich fand es sehr interessant, etwas über die Person zu erfahren, die dort gelebt hat und unter welchen Umständen sie zu Tode gekommen ist. Diese Steine sollen daran erinnern, dass hier jüdische Bürger gewohnt haben, die in der Nazizeit verfolgt und deportiert

wurden. Viele von ihnen wurden in Konzentrationslagern ermordet. Nach



der Verlegung des letzten Steines am Kirchplatz, an der auch eine Gruppe Jugendlicher aus dem Gauß – Gymnasium teilnahm, spielten zum Abschluss Schüler der Musik – und Kunstschule ein Stück. Dieser Stein für Helga Käding wurde von Jens Bährmann, der inzwischen bereits verstorben ist, gespendet.

Doris Meyner

Bürgerhaushalt in Schwedt – geht das?

Nach der Pause zum Jahreswechsel gehen wir Stadtverordneten mit neuem Elan an die Arbeit. Die Probleme sind bekannt. Schwerpunkte in diesem Jahr sind die nötige Integration der Flüchtlinge in Schwedt, die Fortschreibung des Konzeptes „Jugend hat Zukunft“ und die Kreisgebietsreform in Brandenburg.

Neu eröffnet sich ein Feld für uns durch einen Vorschlag der Fraktion Freie Bürgerinitiative zur Einführung eines Bürgerhaushaltes für Schwedt/Oder. Das bietet natürlich eine gute Grundlage zur interfraktionellen Zusammenarbeit, denn die Stärkung der Bürgerbeteiligung zählt zu den Zielen linker Politik.

Einige hundert Kommunen in Deutschland verfügen bereits über einen solchen Bürgerhaushalt. „Der Bürgerhaushalt ist ein Beteiligungsverfahren,

bei dem Bürger /innen, Politik und Verwaltung gemeinsam einen Teil des bezirklichen Haushaltes bzw. die bezirklichen Leistungen und Aufgaben diskutieren und gestalten.“ heißt es in einer Kurzeinführung des Berliner Stadtteils Lichtenberg, der seit 2005 erfolgreich mit einem Bürgerhaushalt arbeitet. Dabei sind themenbezogenen Vorschläge von Bürgern, Vereinen, usw. gesucht, die Politik und Verwaltung unterstützen, die Finanzen bedarfsgerecht einzusetzen.

Wir werden über die Bedingungen diskutieren, die ein Bürgerhaushalt für die Bevölkerung und für die Verwaltung praktikabel machen. Das heißt, wer darf wofür und bis wann Vorschläge machen. Welchen Rahmen bzw. für welche Arten von Projekten darf Geld beantragt werden? Wie werden die Projekte ausge-

wählt und die Durchführung und Abrechnung kontrolliert? Wie können die Bürger/innen am Auswahlverfahren beteiligt werden?... Es gibt gute Beispiele dafür mit den Gemeinden Lichtenberg und Eberswalde. Die Erarbeitung einer entsprechenden Satzung und die ersten Schritte, die die Bürger/innen darauf vorbereiten, sind unser gemeinsamer Ansatz für die Arbeit.

Auf www.buergergesellschaft.de findet man folgenden zentralen Anspruch formuliert:

„Sinnvollerweise sollte das gesamte Bürgerhaushalts-Verfahren wissenschaftlich und durch die Bürger/innen selbst bewertet werden. Bürger/innen sollten Ansprüche anmelden, was bürgerfreundliche Ausgestaltung und Verbindlichkeit der Beteiligung anbelangt.“

Bärbel Ramm

Linksfraktion fordert deutliche Abstriche an der Kreisreform

Nach der Partei fordert auch die Linksfraktion im Brandenburg deutliche Abstriche an der geplanten Kreisreform. Die Mindesteinwohnerzahl der künftigen Landkreise solle bei 150 000 statt bei 175 000 liegen, sagte Fraktionschef Ralf Christoffers am Donnerstag in Potsdam zu den Ergebnissen einer Fraktionsklausur. Damit wären kleinere

Landkreise möglich, als von Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) vorgesehen. Insgesamt soll die Reform mit 415 Millionen Euro vom Land finanziert werden, weitere 200 Millionen Euro sollen von den Kommunen aufgebracht werden. Neben den Kosten für den Umbau der Verwaltungen sollen damit die hochverschuldeten Städte Cottbus,

Frankfurt(Oder) und Brandenburg/Havel zur Hälfte entschuldet werden. Diese Städte sollen ihre Eigenständigkeit verlieren und in die umliegenden Landkreise eingegliedert werden.

DIE LINKE. Brandenburg in Aktion | Newsletter 4/2016

Kein Gast- oder Gnadenrecht: Asylrecht ist Menschenrecht

Beschluss des Geschäftsführenden Parteivorstandes vom 12. Januar 2016

Für DIE LINKE ist das Prinzip des Rechtsstaats unverhandelbar. Strafraten müssen für alle Menschen die gleichen Rechtsfolgen – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Äußeren oder Herkunft – haben. Das Aufenthalts- und Asylrecht ist kein Strafrecht zweiter Klasse. Sie dürfen nicht als Sonderstrafrecht für Geflüchtete und Menschen ohne deutschen Pass missbraucht werden. Wenn die Bundesregierung im Kontext der verabscheuungswürdigen sexuellen Übergriffe von Köln und anderen Städten in der Neu-

jahrsnacht nun plant, Aufenthaltsbestimmungen im Aufenthaltsrecht so zu verschärfen, dass die Abschiebung eine weitere Folge neben einer Bestrafung nach dem Strafrecht ist, so lehnen wir diese doppelte Bestrafung als rechtsstaatswidrig ab. DIE LINKE lehnt Abschiebungen ab. Die sexuellen Übergriffe und Eigentumsdelikte in Köln müssen konsequent verfolgt werden. Das Asylrecht ist und bleibt ein Menschenrecht, dieses Menschenrecht darf nicht als Sanktionsrecht missbraucht werden. Das Asylrecht ist im Grundgesetz und Völkerrecht (Genfer Flüchtlingskonvention u.a.) verankert,

ist somit auch die geltende Rechtslage. Als Menschenrecht gilt es universell – es ist weder ein Gnaden- noch ein Gastrecht, das verwirkt werden kann. Wir setzen uns gegen rassistische Stigmatisierung von Flüchtlingen und Muslimen im Nachgang der Kölner Ereignisse ein.

Christine Buchholz

Tierhaltung bewegt die BrandenburgerInnen

Zum Ausgang des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung erklärt die agrarpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Anke Schwarzenberg:

Das Volksbegehren gegen die „Massentierhaltung“ ist erst das zweite erfolgreiche Volksbegehren in der Geschichte des Landes Brandenburg. Dies zeigt, dass das Thema Tierhaltung und Tierwohl bei vielen Menschen auf großes Interesse stößt. Der Landtag wird sich nun noch einmal ausführlich mit dem Volksbegehren befassen. Seit dem Start der Volksinitiative hat sich viel getan: Brandenburg fördert ab 2017 Tierställe nur bei besonders hohen Tierschutzstandards (Premiumförderung) und nur, wenn mit der Tierhaltung

auch landwirtschaftliche Produktionsfläche verbunden ist. Wir möchten einen Tierschutzbeauftragten beim Verbraucherschutzministerium einrichten. Auf Bundesebene gibt es verschiedene Initiativen, um das Abschneiden von Hühnerschnäbeln zu unterbinden und das Kürzen von Ferkelschwänzen überflüssig zu machen. Die Düngeverordnung wird überarbeitet, um Gewässerverschmutzungen zu minimieren. Und nicht zuletzt ist in Brandenburg ein sachlicher Dialog zwischen Landwirtschaft, Tier- und Umweltschützern über die Tierhaltung zustande gekommen. Denn es geht darum, gemeinsam Rahmenbedingungen für die Landwirte zu schaffen, um eine wirtschaftlich tragfähige und gleichzei-

tig gesellschaftlich besser akzeptierte Tierhaltung zu organisieren.

Noch nicht erfüllt ist die Forderung des Volksbegehrens nach einer Tierschutz-Verbandsklage. Nach Auffassung der LINKEN lässt sich ein Verbandsklagerecht so ausgestalten, dass einerseits Tierschutzentscheidungen der Behörden gerichtlich überprüft werden können, andererseits die von der Landwirtschaft befürchteten Verfahrensverzögerungen vermieden werden. DIE LINKE plädiert deshalb dafür, auf Bundesebene regionalbezogene Tierbestandsgrenzen festzulegen, die die Tragfähigkeit der Landschaft berücksichtigen.

DIE LINKE. Brandenburg in Aktion Newsletter 4/2016

Politik des Krieges gegen den Terror ist gescheitert

„Die Bundesregierung verwickelt Deutschland immer stärker in Kriege im Nahen Osten und Nordafrika. Nach dem völker- und verfassungsrechtlich nicht gedeckten Bundeswehreininsatz in Syrien folgt jetzt die Planung eines Einsatzes in Libyen. Obwohl Anfragen der LINKEN und der Grünen im Bundestag nach einem Libyeneinsatz von der Regierung zurückgewiesen wurden, marschiert die Armee in den letzten Tagen erkennbar in diese Richtung“, so Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zu den Plänen von der Leyens, die Bundeswehr in Libyen einzusetzen. Gehrcke weiter: „Ministerin von der Leyen hat nun die Katze aus

dem Sack gelassen. Die Bundeswehr soll nach Libyen. Diese Entscheidung gefährdet das Leben von Bundeswehrsoldaten und macht alle Ansätze, vermittelnd in der Region zu wirken, zunichte. Die Politik des Krieges gegen den Terror ist rundweg gescheitert. Regime change statt Verständigung, diese westliche Haltung hat Hunderttausende von Menschen im Irak, in Syrien und in Libyen bereits das Leben gekostet. Noch 2005 wäre der Syrienkrieg mit verhältnismäßig geringer Opferzahl zu stoppen gewesen, wenn nicht vom Westen unter Einbeziehung von Saudi Arabien und anderer Diktaturen der Sturz Assads vor eine mögliche Verständigung gestellt

worden wäre. Zweifellos waren Gaddafi und Saddam Hussein Diktatoren, aber zumindest hatten ihre Diktaturen im Vergleich zu Saudi Arabien einige soziale Züge. Die Bundesregierung paktierte und paktiert mit zahlreichen Diktaturen im Nahen Osten – Saudi Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Bahrein – während gegen andere autoritäre Regime deren aktiver Sturz betrieben wird. Die deutsche Politik erweist sich hier als verlogen bis in die Knochen, nunmehr auch in der Libyenfrage ebenso wie gegenüber dem eigenen Parlament

Wolfgang Gehrcke

Mit Kampfdrohnen zum Mord per Fernbedienung

„Bei der Beschaffung von Kampfdrohnen geht es nicht um das Schließen einer Fähigkeitslücke, sondern um die Fähigkeit zum Mord per Fernbedienung“, kommentiert Christine Buchholz, verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Meldungen, wonach das Verteidigungsministerium sich für die Beschaffung der Drohne Heron TP des israelischen Herstellers IAI entscheiden habe. Buchholz weiter:

„Mit dem Einstieg in die Kampfdrohrentechnik wird der Weg hin zur schrittweisen Autonomisierung der Waffensysteme beschritten. Die Bundesregierung beteiligt sich damit an einem Rüstungswettlauf, der am Ende zur Herstellung vollautomatisierter Kampfroboter führen kann. Die Bundesregierung sollte alles tun, um diesen Prozess zu stoppen, anstatt ihn mitanzuheizen. Die Bundeswehr braucht keine

Kampfdrohnen. Denn sie dienen nicht dem Schutz der eigenen Soldaten. Sondern dazu, über Tausende Kilometer hinweg Menschen zu töten. Bereits jetzt sind auch Tausende Zivilisten Opfer von Drohnenangriffen geworden.“

Sinnloser Militarisierungs – und Rüstungswahn

Frau von der Leyen will bis 2030 130 Milliarden Euro für Rüstungsgüter ausgeben. Begründung: „Wir haben lange aus der Substanz gelebt... Es haben sich hohle Strukturen gebildet,“ und es gebe erheblichen „Modernisierungsbedarf.“ Man werde altes Material ersetzen und „Missionsausrüstungs-pakete“ vorhalten. Der Bundestag hat Ende Januar 2016 beschlossen, dass die Bundeswehr für die UN –Mission „Minusma“ mit bis zu 650 Soldaten nach Mali in den Krieg ziehen kann. Man muss befürchten, dass der Einsatz als Übungsfeld für weltweite Einsätze missbraucht wird. Die Bundesregierung behauptet, dass sie den Mali-Einsatz aus Solidarität zu Frankreich nach den Anschlägen von Paris geplant

hat. Er war aber schon einen Monat davor beschlossen. Wie Lühr Henken, Kopsprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag informierte, geht es darum, mit Panzerspähwagen oder Drohnen die Wüste zu überwachen, um so Angriffsziele für die Franzosen zu ermitteln. Als weitere Gründe nennt L. Henken, dass das ressourcenreiche Land Mali ein geeignetes Manövergebiet für die Bundeswehr in Afrika ist. In Mali sind Erdölvorkommen, Uran, Phosphate und wichtige Mineralien noch nicht ausgebeutet. Wer sich also an „Konfliktlösungen“ beteiligt, kann später eher darauf zugreifen als andere Nationen. Übrigens ist Mali auch kein entscheidendes Herkunfts – und Transit-land bei

Fluchtbewegungen, da die zentralen Fluchtbewegungen in Westafrika 500 km entfernt durch Niger verlaufen. Vom 12.-14. Februar 2016 findet die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz statt. Dort versammeln sich die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machteliten - vor allem aus NATO- Staaten. Das Aktionsbündnis gegen die NATO- Sicherheitskonferenz hebt in einer Erklärung hervor. „Der sogenannte Krieg gegen den Terror hat den Terrorismus nicht geschwächt, sondern gestärkt. Militarisierungs- und Rüstungswahn muss ad absurdum geführt werden.“

Monika Gohl

AfD - KEINE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

„Kristallnacht“ „Pogromstimmung.“ Diese beiden Worte gehen mir seit dem Monatswechsel nicht mehr aus dem Kopf. Mit den Stimmungen und gegenwärtigen Geschehen setzt sich die Band BAP in ihrem neuen Song „Kristallnacht“ mahndend aufschreiend auseinander. Ich hörte diesen Song zufällig im Radio. Am 1. Februar erklärt der Leipziger Polizeipräsident Merbitz in Sachsen herrsche „eine Pogromstimmung, die eine kreuzgefährliche Intensität bekomme“. Es dürfe keinen Raum für Rassismus und Gewalt geben. Angriffe auf geplante und bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte nehmen erschreckende Dimensionen an. Die menschenverachtenden Forderungen der AfD Vorsitzenden Petry und der Berliner AfD- Landeschefin von Storch, gezielt auf Menschen zu schießen, um sie am Grenzübertritt zu hindern, sind zutiefst verstörend. Diese Äußerungen waren kein unbedachtes Vorpreschen, sondern gezielt, um die Stimmungen auszuloten. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und „Meinungsfreiheit“ – dieses Spannungsfeld versuchen die Rechtspopulisten/Rechtsextremisten der AfD auszureizen, um im Nachhinein nach dem empörten Aufschrei der

anderen politischen Akteure und Medien den Rückzug anzutreten und von einer „unglückseligen Kommunikation“ zu sprechen. Erschreckend ist, dass für Verfassungsschutz und Bundesregierung eine geheimdienstliche Beobachtung der AfD derzeit kein Thema sei; die AfD werde nicht als extremistisch eingeschätzt und stelle keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Wird hier eine Politik des Schön- oder Wegredens betrieben? Ist es nur Zufall, dass der Leipziger Polizeipräsident Merbitz von Pogromstimmung in Sachsen spricht? Es ist kein Zufall, dass Pegida in Sachsen entstanden ist und hier seine Hochburg besitzt. Es ist auch kein Zufall, dass es gerade in Freital, Heidenau, Bischofswerda zu den größten rassistischen Ausschreitungen in Deutschland seit Rostock- Lichtenhagen gekommen ist. Die Politik der über Jahrzehnte hinweg dominierenden „Sächsischen Union“ und das „System Biedenkopf“ haben die letzten Jahrzehnte systematische Aufklärung verschleiert und verhindert im Falle von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsradikalismus. Mit dem faktischen Zusammenspiel von maßgeblichen Teilen der sächsischen

CDU und der AfD sowie mit Pegida verschieben sich die Koordinaten im Freistaat in gefährlicher Weise weiter nach rechts. Laut Erhebungen würden 80% der Pegida- Bewegung die AfD wählen. Das könnte in Sachsen bei den Landtagswahlen 2019 zu einem Regierungsbündnis CDU und AfD führen. Außerdem könnte die NPD nach gegenwärtigem Stand im Landtag vertreten sein. Dies könnte verheerende Auswirkungen auf Deutschland, insbesondere auch auf den Osten Deutschlands haben. Es darf nicht sein, dass neo-liberale und rechte Kräfte die Deutungshoheit auf den Rücken der Flüchtlinge ausüben. Der Schauspieler Armin Rohde sagte in einem Interview zur Situation in Deutschland: „Wir können ja nicht so tun, als wären die Flüchtlinge nicht da. Wir müssen mit ihnen umgehen, das ist nun mal Fakt. Es gibt keinen Grund sich vor Flüchtlingen zu fürchten, auch keinen Grund für übertriebene Freude. Es ist einfach eine Realität, mit der mitmenschlich, verantwortlich und in rechtsstaatlich nüchterner Besonnenheit umgegangen werden sollte.“

Monika Gohl

Termine

Stadtvorstand	25.02.2016 16:30	Fraktionsraum
Kreisvorstand	09.03.2016 18:30	Prenzlau
Frauentagsfeier	04.03.2016 15:00	KOMM
Fraktionssitzung	07.03.2016 17:00	Fraktionsraum
SVV	10.03.2016 16:00	Rathaus

An der Veranstaltung am 04. März im KOMM werden keine ausländischen Frauen teilnehmen. Stattdessen nehmen Frauen der LINKEN am 08. März an einer gemeinsamen Veranstaltung im ev. Gemeindezentrum teil.

Wie seit langem vorgesehen, wird nun endlich die Veranstaltung mit Vertretern des Jugendbündnisses und anderen interessierten Jugendlichen sowie Andrea Johlige am 23. Februar stattfinden. Es war der Wunsch der Jugendlichen über Fluchtursachen zu diskutieren.

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

25.02.16 Irmtraut Giel zum 65. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

20.02.16	Susanne Wienholz	zum 81. Geburtstag
21.02.16	Jürgen Zibolsky	zum 77. Geburtstag
22.02.16	Willi Muhs	zum 81. Geburtstag
25.02.16	Heidrun Schüler	zum 64. Geburtstag
26.02.16	Rita Grünberg	zum 81. Geburtstag
27.02.16	Katrin Steguhn	zum 51. Geburtstag
05.03.16	Gerd Kling	zum 78. Geburtstag



Rainer Sturm/ pixelio.de

Und zum guten Schluss

Die Piratenpartei ist tot«,

Insgesamt 36 ehemalige Mitglieder der Piratenpartei haben die Erklärung »Aufbruch in Fahrtrichtung links« unterschrieben. So lautete der Titel des fünfseitigen Papiers, das am Donnerstag vorgestellt wurde. »Eine Erkenntnis des Jahres 2015 ist: Die Piratenpartei ist tot«, heißt es am Anfang der Erklärung. Diese Erkenntnis ist sicherlich nicht neu, in Berlin aber auch darüber hinaus dürfte die Erklärung dennoch für Aufsehen sorgen. Denn die 36 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufbruch-Papiers sind nicht irgendwelche Ex-Mitglieder, sondern waren so etwas wie Aushängeschilder und Zugpferde der Piraten in den besseren Zeiten, als die Partei noch in den Umfragen bei zweistelligen Prozentzahlen gemessen wurde – insbesondere in ihrer Hochburg Berlin.

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 03/2016: 10.03.16, Abholtermin: 16.03.16

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE
LINKE. Schwedt
Tel./Fax: (03332) 31928

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam

Gestaltung:

A. Grote, D.Meyner

Druck:

L.Schüler

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE
LINKE. Schwedt

Sprechzeiten und Kontakte

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 22.02.16, 10-12 Uhr und 16:00-
17:00 Uhr

Mo, 29.02.16, 10-12 Uhr und 16:00-
17:00 Uhr

Fraktion DIE LINKE

Postanschrift: Auguststraße 2, 16303
Schwedt

Internet-Adressen

DIE LINKE Stadtverband

Schwedt/Oder

schwedt@dielinke-uckermark.de

DIE LINKE Schwedt/Oder Fraktion

SSV

Tel. 839334

Webseite:

<http://www.dielinke-uckermark.de>

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!